

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://proSV.akis.at>

## Sollen wir alle zu Griechen gemacht werden? Müssen wir fürchten, dass auch unsere Existenzgrundlagen ruiniert werden?

In ganz Europa und auch bei uns gab es von Seiten der Politik, der Medien, der Wirtschaft insbesondere seit der 1. Wahl in Griechenland eine wieder intensivere Hetze gegen die Griechen, gegen das ganze griechische Volk und insbesondere gegen die bei den Wahlen so erfolgreiche griechische Partei SYRIZA, die als linksradikal bzw. extremistisch bezeichnet und deren Parteichef als „gefährlichster Mann Europas“ hingestellt wird.

### DIE GRIECHEN WEHREN SICH,

weil ihre Arbeits- und Lebensbedingungen unerträglich geworden sind, weil immer mehr Menschen nichts mehr zu verlieren haben. Ihr Protest richtet sich letztlich gegen die Folgen der Politik des Diktats von EU, IWF u. EZB, die direkt die Interessen der Großbanken bzw. der großen Kapitalgruppen durchsetzen und dem griechischen Staat zu Wucherzinsen Geld leihen und gleichzeitig bis heute auf die Pleite von Griechenland und anderen Staaten, wie z.B. Portugal, Spanien, Italien, Zypern wetten. Damit kann man wieder Milliarden verdienen! Vorwiegend das US-dominierte Finanzkapital spekuliert gegen die starken Euro-Staaten, um diese Konkurrenten zu schwächen und noch mehr in die eigenen Herrschaftspläne einzubinden. Der Ökonom u. Fondsmanager Max Otte: „Der Währungskrieg geht weiter. Der Euro hat in den vergangenen zehn Jahren seinen Anteil an den Welt-

### Im EU-Rettungsschirm



Super gemütlich, was? Ja, wir Spekulanten sind gerettet! Hi, hi!

währungsreserven von 17% auf 27% erhöht. Die USA wollten mit einer aktiven Schwächung der Eurozone ihren Weltreservestatus erhalten.“ (Kurier 7.12.2011) Militärisch ist die USA die Supermacht, ökonomisch versucht sie die Konkurrenz der starken EU zu schwächen.

Ca. 2 ½ Billionen Euro = 2500 Milliarden Euro haben die europäischen Staaten von 2008 bis heute direkt an die europäischen Banken und ihre Aktionäre aus unseren Steuergeldern fast zinslos verteilt bzw. auch direkt zur „Bankrettung“ bezahlt ohne uns deshalb überhaupt zu befragen.

### WER FÜRCHTET DAS GRIECHISCHE VOLK?

Für wen sind die griechische Rebellion u. die Wahl der Syriza-Partei so

gefährlich? Das zeigt sich klar in dem 40 Punkte-Programm der Syriza Partei. Dort heißt es u.a.:

- Punkt 1: Neuverhandlung des Schuldenpakets
- Punkt 3: Anhebung der Einkommensteuer auf 75% bei Einkommen über 500 000 Euro im Jahr
- Punkt 7: Verbot von spekulativen Finanzprodukten
- Punkt 10: drastische Kürzung der Militärausgaben
- Punkt 11: Gehaltserhöhung auf den Stand vor der Kürzung, d.h. auf 750 Euro
- Punkt 18: Nationalisierung der Banken
- 36: Nationalisierung der privaten Spitäler

Und im 10 Punkte Grundsatz-Programm von Syriza für die Parlamentswahlen vom 6.5.2012 heißt es u.a. im Punkt 1: Kein Bürger darf ohne garantiertes Mindesteinkommen oder Arbeitslosenunterstützung, medizinischer Versorgung, Sozialversicherung, Wohnraum und Zugang zu allen öffentlichen Dienstleistungen sein. Abschaffung der Mehrwertsteuer auf alle Güter, die der Grundversorgung dienen. Punkt 2 u.a.: Verhandlung zur Streichung der Schulden. Punkt 3 beinhaltet u.a.: Umverteilung von Einkommen, Besteuerung von Reichtum. Punkt 4: Verstaatlichung der Banken und ihre gesellschaftliche Kontrolle, Verstaatlichung aller ehemals Öffentlichen Unternehmen von strategischer Bedeutung, die bisher privatisiert wurden. Punkt 10: Unabhängige Außenpolitik, Loslösung von der NATO, Schließung der ausländischen Militärstützpunkte.

Die Herrschenden haben Angst vor dem griechischen Volk, wenn es für solche Forderungen eintritt. Dieses Programm ist für das Kapital, für die Konzerne, für die 1% Millionäre und Milliardäre und ihre Lakaien in der Politik und Medien gefährlich, nicht gefährlich ist es für die Masse der Menschen, für die 99%. Trotz der ungeheueren Angstpropaganda, die gegen Syriza Partei geschürt wurde, gaben ihr beim 2. Wahldurchgang fast 27% der Griechen ihre Stimme! Wenn je bei uns eine Partei mit so einem Programm auf Österreich adaptiert antreten würde, hätte sie wohl auch so eine große Zustimmung.

## DROHUNGEN MIT DER GEWALT

Die Hetze gegen das griechische Volk ist auch von Drohungen mit dem Militärknüppel begleitet. Nikolaus Piper, Journalist bei der Süddeutschen Zeitung (Leiter für die Sparte Wirtschaft) verglich Griechenlands Situation mit der Deutschlands vor der Nazi-Diktatur und schrieb, dass Papandreou durch eine rigorose Sparpolitik die EU-Partner überzeugen müsse. Sonst könnte ihm das gleiche Schicksal wie dem letzten deutschen Kanzler (Brüning) vor Hitler drohen. Papandreou ist zurückgetreten, für seine Nachfolger gilt das gleiche. EU-Kommissar Baroso war schon 2010 noch direkter. Er hatte damals den streikenden ArbeiterInnen in Südeuropa die Rute ins Fenster gestellt, dass Spanien, Portugal und Griechenland „Militärdiktaturen“ drohen und „als Demokratien wie wir sie kennen, verschwinden, wenn die Sparpakete nicht umgesetzt werden.“ (Daily Mail, 15.06.2010).

Im EU-Vertrag von Lissabon (2009) wurde auch die sog. „Solidaritätsklausel“ geschaffen, das ist die rechtliche Grundlage für EU-Militäreinsätze auf dem EU-Hoheitsgebiet. Die „Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise“ wurden direkt ins Aufgabenspektrum der Streitkräfte aufgenommen! Das ist eine gefährliche Drohung für Demonstranten und Streikende. Mit dieser Sicherheitsdoktrin wollen sich die Mächtigen die politische Grundlage schaffen, das Bundesheer auch als Knüppel im Inneren einzusetzen.

Die EU ist also bereit, das Militär auch gegen die Bevölkerung einzusetzen, wenn diese gegen die Sparpläne rebelliert, die auf ihrem Rücken und für die Profite der Superreichen durchgedrückt werden. Ab Mitte 2012 stehen auch wieder österreichische Battlegroups-SoldatInnen zur Verfügung. Ab dann könnten auch österreichische SoldatInnen zur Niederschlagung von sozialen Protesten in Griechenland eingesetzt, wenn die EU das verlangt! Die geplante Abschaffung der Wehrpflicht und die Schaffung eines Berufsheeres sind dazu da, die Militarisierung Österreichs im Dienste der militärischen EU-Großmachtpläne für Einflussphären und Profite zu erleichtern.

Die griechischen Militärausgaben sind im Übrigen mit 4% gemessen am Bruttoinlandsprodukt die höchsten in der EU und NATO. Sie betragen derzeit 6,5 Milliarden Euro im Jahr. Nach Schätzungen einer griechischen Militärspezialistin hat das Land offiziell seit 1974 216 Milliarden Euro für Rüstung aufgewendet, d.h. ca. 6 Milliarden pro Jahr. Griechenland hat in den letzten Jahren vor allem von Frankreich und Deutschland Waffen gekauft, von letzterem z.B. 170 Leopard-Panzer um 1,7 Milliarden Euro und 4 U-Boote um hunderte Millionen Euro pro Stück.

## MILLIARDEN FÜRS KAPITAL ...

Von den Milliarden an Steuergeldern, die die EU-Länder, allen voran Deutschland (ca. 100 Milliarden) und Frankreich (ca. 100 Milliarden) im Zuge des Rettungsschirms Griechenland gegeben haben, ist kein einziger Euro bei der Bevölkerung angekommen, die Not der Griechen wird immer größer. Schon 2011, bei der letzten Umschuldung für Griechenland, die laut Experten ca. eine Höhe von 135 Milliarden Dollar per Juli betrug, schrieb der Journalist Landon Thomas (International Herald Tribune 22.09.2011) „Die Umschuldung Griechenlands mag für die Investoren ein viel süßeres Geschäft als für seine Steuerzahler sein“. Und Otmar Issing, ein führender deutscher Ökonom, der beim Exekutivrat der EZB beschäftigt war, sagte damals: „Jedermann weiß, dass das ein gutes Geschäft für die Banken war“ ... „Es wird Griechenland überhaupt nicht helfen.“

Ossing sagte auch, (wie viele Zeitungen zuletzt), „dass die (angekündigte) Beteiligung der Banken am griechischen Rettungspaket von 21% noch um einiges geringer ausfallen wird. Manche schätzen sogar unter 10%.“

## ... NICHT FÜRS VOLK

Nun, 2012, schrieb Peter Rabl (Kurier 4.3.2012) dazu: Die Milliarden aus der EU waren „ein arger Etikettenschwindel. Geholfen wurde in Wahrheit nicht „den Griechen“, sondern den Banken und Fonds, die sich über Jahre mit griechischen Staatsanleihen goldene Nasen verdient hatten. Einmal mehr in der globalen Krisenbekämpfung wurden private Risiken und drohende Verluste von den Staaten und damit den Steuerzahlern aufgefangen. Selbst die Beteiligung der Banken und Fonds an der Schuldenreduktion Griechenlands ist in Wahrheit zum Vorteil der Spekulanten und ihres Systems. Die Griechen zahlen nur.“ ... „... die wahren Gewinner vergangener Boomzeiten bleiben jedenfalls ungeschoren.“ ... „50 Milliarden betragen die Steuerschulden reicher Griechen und großer Unternehmen. Bis zu 200 Milliarden haben die oberen Zehntausend auf ausländischen Konten gebunkert. Wohl der Großteil davon Schwarzgeld.“

## DIE SPEKULATION BLÜHT

Die Banken bekommen weitere Milliarden Euro, die Menschen weitere Sparpakete. Wie erwähnt, kommt nur ein Bruchteil unserer EU-Steuermilliarden der griechischen Bevölkerung zu Gute: unter 10%!

Von den ca. 375 Milliarden Euro sind ca. **200 Milliarden Euro Staatsanleihen**, mit denen tolle Geschäfte zu machen waren und sind. Griechische Versicherungen besitzen Staatsanleihen in der Höhe von 30 Milliarden Euro, griechische Banken in der Höhe von 45 Milliarden Euro, europäische Versicherungen in der Höhe von 15 Milliarden Euro, europäische Banken um 40 Milliarden Euro, Investmentfonds, Hedgefonds, Pensionsfonds um 70 Milliarden Euro. **Kredite hat Griechenland ca. 150 Milliarden Euro:** davon ca. 20 Milliarden beim IWF, 53 Milliarden bei europäischen Ländern, 19 Milliarden

bei Sonstigen, 60 Milliarden bei EZB und Notenbanken. Das heißt, von den ca. 375 Milliarden Euro bleiben etwa 25 Milliarden Euro, das sind nur mehr ca. 8%. Und das Geld könnte man von den Reichen ganz offiziell holen. Der Chef der griechischen Steuerbehörde Nikos Lekkas sagte: „Pro Jahr werden von den Wohlhabenden und Reichen 45 Milliarden Steuern hinterzogen.“ Die Steuerflucht macht 12% aus, das sind 15% des BIP. „Wenn wir nur die Hälfte davon eintreiben könnten, wäre Griechenlands Problem gelöst.“ (Kronen Zeitung, 9.5.2012)

Peter Rabl im Kurier von 27.5. 2012 dazu: „Mehr als 300 Milliarden sogenannter Griechenlandhilfe sicherte in Wahrheit die westeuropäischen Banken und das Vermögen ihrer Eigentümer“ bzw. bringt ihnen noch mehr Profite! „Die Europäische Zentralbank (EZB) schüttet mehr als 1.000 Milliarden Euro zu ein 1% Zinsen in die Banken, die damit entweder billigst ihr Eigenkapital aufstockten ... oder gegen mehrfach höhere Zinsen Staatsanleihen kauften.“ Das heißt, sie geben dem Staat von unseren Steuergeldern Milliardenkredite um 4%,5%, 6% und mehr Zinsen, das Geld dafür hat ihnen vorher der Staat um 1% gegeben. Das ist ein sehr lohnendes Geschäft auf unsere Kosten!

## WEM DIENT DIE SCHULDENKRISE?

### Die Schuldenkrise in Europa dient vor allem wieder den Milliardären!

Ein Großteil der Machthaber in Europa handelt, wie immer, als Agent und Diener der großen Kapitalgruppen. Sie geben die Steuermilliarden der Menschen für das Geschäft der Banken, Investoren, der sog. Märkte aus, natürlich ohne die Menschen zu fragen. Sie geben vor, dass die Ausgaben der Steuermilliarden den Griechen zu Gute kommen bzw. allen Menschen in ganz Europa, doch beides ist schlicht gelogen. Die Schuldenprobleme der einzelnen EU-Staaten, die ja das Kapital selbst herbeigeführt hat, sind für die EU gemeinsam mit dem IWF in Europa willkommener Anlass, den bisher größten Angriff auf die Lebens u. Arbeitsbedingungen der Menschen zu führen!

**Das zeigt sich am drastischsten in Griechenland! Griechenland, das gerade einmal 2% vom Brut-**

**tonationalprodukt (BIP) der EU hält, wird als der Anlassfall hoch geputscht, um die Menschen in ganz Europa zum Zahlen und Kuschen zu bringen! Die Sparpakete in Griechenland liefern uns einen Vorgeschmack wohin die Sparpläne in den anderen EU-Ländern längerfristig gehen sollen! Griechische Verhältnisse sollen ganz Europa ins Haus stehen:**

## FAULE GRIECHEN?

Die Griechen seien „faul und nicht sparwillig“, so heißt es vor allem von schwarzen und blauen Politikern und auch direkt von den Wirtschaftsbossen. Sie seien „selber schuld weil sie nix hackeln wollen“! Wahr ist: Laut OECD arbeitet der Grieche im Schnitt 2.034 Stunden pro Jahr und hat damit die längste Arbeitszeit Europas, das sind 42 Stunden in der Woche – soweit er überhaupt Arbeit hat! Zum Vergleich: Die Holländer arbeiten 1.378, die Deutschen 1.390, die Österreicher 1.581 Stunden pro Jahr!

Die große Masse der Löhne in Griechenland liegt knapp über dem Mindestlohn von 739 Euro/Monat, die Mindestpension bei 400 Euro, fast alle Pensionen betragen unter 700.-Euro. Die Kaufkraft eines griechischen Euro war schon 2008 um 18% niedriger als die eines österreichischen Euro. Bei einem halb so hohen Lohnniveau wie in Österreich sind die Lebenshaltungskosten in Griechenland heute ca. gleich hoch wie bei uns.

## ABKASSIEREN BEIM VOLK

### Das griechischen Sparpaket sieht

**u.a. vor:** Lohnkürzungen und Pensionskürzungen bis 30%, Senkung des Mindestlohns auf 600.-Euro, Streichung von 150.000 der 700.000 Stellen im öffentlichen Dienst bis 2015, Anhebung des Pensionsalters von 60 auf 67 Jahre bis 2014, Aushöhlung des gesetzlichen Kündigungsschutzes, Kürzung der gesetzlichen Abfertigung, Aushöhlung und teilweise Abschaffung von Kollektivverträgen.

**Drastische Verteuerungen:** Heizöl um 100%, Benzin plus 100%, Strom, Heizung, Gas, öffentliche Verkehrsmittel plus 50% in den letzten 15

Monaten. Ein Drittel der 165.000 Handelsbetriebe hat zugesperrt, ein Drittel kann die Löhne nicht mehr bezahlen. 30% Jugendarbeitslosigkeit. Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19% auf 23%. Drastische Schritte im Gesundheits- Ausbildungs-/ Erziehungswesen und Sozialbereich.

**Privatisierungen** von weiteren 16% der griechischen Telekom OTE, Verkauf von 34% der Postbank, Verkauf von 75% der Häfen von Piräus u. Thessaloniki, Teil-Verkauf des staatlichen Gaskonzerns DEPA u. des Elektrizitätskonzerns DESMIE, Verkauf der verbliebenen 55% des Flughafens Athen, Verkauf von öffentlichem Grundbesitz in Tourismuszonen und noch weitere Privatisierungsprojekte.

Die Existenzbedingungen für die Griechen werden immer schwerer, für die Armen zum Teil schon lebensgefährlich! Medikamente sind oft nur gegen Barzahlungen erhältlich, verschiedene Operationen können die öffentlichen Spitäler nicht mehr durchführen!

Die Ware Arbeitskraft in Griechenland wird noch billiger. Je schlechter es der griechischen Wirtschaft geht, umso billiger wird der Ausverkauf der interessantesten Teile der griechischen Wirtschaft an große deutsche bzw. andere EU-Konzerne. Es kommt zum Verschleudern des gesamten Volksvermögens des Landes und Griechenland kommt so immer mehr in eine neokoloniale Abhängigkeit.

Schon die ersten beiden Griechenland-Sparpakete haben den europäischen Großbanken schöne Zinserträge verschafft. Die Banken bzw. ihre Aktionäre wurden und werden keineswegs zur Kasse gebeten, die behauptete Beteiligung der Banken, auf freiwilliger Basis versteht sich, sieht so aus, dass die Banken zu über 90% ihre griechischen Staatsanleihen gegen neue, wertgesicherte langfristige umtauschen konnten.

## SPANIEN

„Europa ist erleichtert“, so die Medien, dass Spanien für seine Banken „endlich“ 100 Milliarden unserer Steuergelder bei der EU zu günstigen Zinsen aufnimmt. Ein Teil der Kommentatoren meint, es könnten auch bis zu 200 Milliarden € werden.



Erleichtert sind die Investoren, die großen Geldhaie, alle die mit spekulativen Finanzprodukten handeln. Ihre Geschäfte blühen weiter. Auch Obama und sein Finanzminister sind zufrieden, die EU-Chefs so und so. Das spanische Volk hat nichts davon, die Arbeitslosigkeit ist schon auf 25% angestiegen, die Jugendarbeitslosigkeit auf 50%, wer kann, geht ins Ausland. In Spanien wurden in den letzten zwei Jahren 300.000 Menschen aus ihren Wohnungen delogiert, derzeit werden täglich 150 Wohnungen zwangsgeräumt, weil sich die Spanier die Miete nicht mehr leisten können.

## DROHUNGEN UND SCHMÄHS!

Immer offener wird von den Herrschenden auch bei uns gedroht, wenn wir nicht noch mehr sparen, wenn wir nicht noch mehr arbeiten, wenn wir nicht geringere Löhne und Gehälter hinnehmen, ebenso wie Pensionskürzungen und Erhöhung des Pensionsantrittsalters usw., dann wird es uns wie den Griechen gehen! Aber wenn wir kuschen und uns noch mehr einschränken, dann bleibt uns ein griechisches Schicksal erspart. Und: „Uns geht es eh so gut“, besser als fast allen anderen EU Ländern.



**Der Schmähs ist: Lassen wir uns das alles bieten, dann geht es uns erst recht so wie den Griechen. Denn selbst der schärfste Sparkurs auf unsere Kosten verhindert die Staatspleiten weiterer Euro-Länder nicht!**

Derzeit machen z.B. die österreichischen Staatsschulden schon 70% des BIP von ca. 300 Milliarden Euro aus. Und unsere „tüchtigen“ 4 größten Banken haben den Menschen in den osteuropäischen Ländern zu hohen Zinsen ca. 300 Milliarden Euro geborgt! Wenn die Menschen in Ungarn, Rumänien usw. ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können, dann kommen die österreichischen Banken wieder in die Finanzkrise. Dann wird unsere Regierung wieder die Steuermilliarden zur Bankerrettung ausgeben und damit wird unser Defizit auf bis zu 130% des BIP steigen. Spätestens dann sind wir (das heißt der österreichische Staat) auch pleite.

**Das heißt, der so genannte Sparkurs führt uns letztlich noch mehr in die Krise, in die Verschlechterung unsere Existenzbedingungen, in die Arbeitslosigkeit.**

Die da oben eignen sich den Großteil der von den Menschen erarbeiteten Werte an. Sie pressen den Arbeitenden das Geld ab, sie stehlen es. Dieses Geld verwendet dann die kleine Minderheit der 1% weiter zur ungeheueren Spekulation, um sich wieder um Millionen bzw. Milliarden zu bereichern. Die Spekulation mit unserem Geld richtet sich auch immer mehr gegen die Staaten, die so riesige Defizite gebaut haben. Und dann sollen wir das nochmals bezahlen. Sparen auf Kosten der Masse des Volkes bedroht bzw. ruiniert die Existenzbedingungen von immer mehr Menschen. Die Herrschenden haben keine andere Lösung für die Krise. Ihre „Lösung“, ihr Weg führt in noch mehr Krise, Abbau von Demokratie, Überwachungsstaat und Aufrüstung bis zum Krieg. Wir brauchen einen Alternativplan, einen Gegenentwurf! Die Lösung kann für uns, für die Bevölkerung nur heißen: Keine Milliarden für die Banken. Bezahlt wird nicht! Bezahlen müssen die 1% der Profiteure die Milliarden verdienen und die diese Krise herbeigeführt haben.

## GELD GIB'S GENUG, NUR FALSCH VERTEILT

**Derzeit haben die europäischen Staaten ca. 8.000 Milliarden Euro Staatsschulden. Das ist viel Geld? Nein. Das ist ein Klacks.** Laut einer WIFO Berechnung brächten 0,05% europäische Finanztransaktions-

steuer auf alle Transaktionen und Derivate 310 Milliarden Euro im Jahr. D.h., das WIFO geht von 620.000 Milliarden (!) Euro aus. Bei 1% Steuer wären das 6.200 Milliarden Euro. Das würde schon 2/3 aller europäischen Staatsschulden von 8.000 Milliarden Euro abdecken. So einfach ginge das. Und doch – das passiert seitens des Kapitals und seiner Diener freiwillig nie! Geld ist soviel da, dass niemand mehr sich um seine Existenz sorgen bräuchte. Doch es landet bei dem 1% der Superreichen und dem Volk fehlt es.

Auch in Österreich ist die Umverteilung des Geldvermögens in den letzten 10 Jahren noch stärker zugunsten der Reichen und Superreichen erfolgt. Heute besitzen 0,1% (3.400 Haushalte) der Österreicher mehr als 8% des Brutto-Geldvermögens. Das ist genauso viel wie die gesamte untere Hälfte (1,8 Millionen Haushalte). Die obersten 10% besitzen heute ca. 65% des Geldvermögens! 2011 betrug die Zahl der Millionäre in Österreich 74.000. Das ist ca. 1%. Ihr Vermögen stieg um über 10% auf 550 Milliarden Euro. Das sind ca. 70 Millionen Euro pro Person. (Quelle: AK)

Das Volk jedoch zahlt: 73% der Steuereinnahmen kommen aus der Lohn- und der Mehrwertsteuer! Dabei sind die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten bei uns seit dem Jahr 2000 real um 10% gesunken. Die Lohnquote in Österreich hat sich in den letzten Jahren stetig verringert, besonders stark seit dem Jahr 2000: Die Lohnquote betrug im Jahr 2000 noch 61%, im Jahr 2008 aber nur noch 56% des Volkseinkommens.

## ÜBER UNSERE VERHÄLTNISSSE?

Nicht wir „leben über unsere Verhältnisse“, wie uns heute tagtäglich die Politiker und die Finanzfachleute einreden wollen. Die Superreichen, sie leben auf unsere Kosten, sie „leben über unsere Verhältnisse“, und bedrohen unser aller Lebensstandard, ja unsere Existenzgrundlage. **Daher: Keine Milliarden mehr für die Banken und deren Aktionäre. Keine kostenlose staatliche „Vollkaskoversicherung“ für private Bankgeschäfte. Bezahlt wird nicht! Bezahlen müssen die 1% der Superreichen, die die Milliarden scheffeln und die Krise herbeigeführt haben.**

## ZITIERT:

### STAATSSCHULDEN SIND PRIVATGEWINNE

„Die Schulden- und Wirtschaftskrise wird sich nicht lösen lassen ohne Beteiligung der über die letzten 20 Jahre dramatisch gewachsenen und weiterwachsenden Vermögen. Allein in der Eurozone haben sich 18.000 Milliarden Euro privates Finanzvermögen angehäuft, mehr als das Doppelte der Staatsschulden und der gesamten jährlichen Wirtschaftsleistung. Dazu kommt mindestens der gleiche Wert an Immobilien-Besitz. Die 90 Prozent der Normalverdiener

und Vermögenslosen hat in den letzten 15 Jahren finanziell verloren, die steigende Inflation reduziert ihre realen Einkommen und den Wert ihrer Sparguthaben noch stärker.

Da ist es mehr als gerecht, die großen Vermögen auch mit Besteuerung der Substanz zu beteiligen. Schon 1 Prozent brächte jährlich in der Eurozone an die 400 Milliarden ein. Die jährlichen Vermögenszuwächse machen ein Mehrfaches aus.

**Sozialneid und Enteignung sehen anders aus.**“ (Kommentar von Peter Rabl, Kurier, 27.5.2012)

**Anm. der Redaktion:** Was hier gesagt wird ist richtig. Wir sind keineswegs Fans vom „Kurier“ geworden. Aber wenn der „Kurier“-Kommentator Peter Rabel gegen die Reichen zu Felde ziehen darf in einer Zeitung,

die dem Raiffeisen-Konzern gehört und Wirtschaftsinteressen vertritt, dann ist bei den Herren Bank-Bossen Feuer am Dach. Da darf man dann – wie übrigens SP-Kanzler Faymann auch – eine kleine Vermögenssteuer schon verlangen zur Beruhigung der Bevölkerung, um .. ja, um abzulenken! Davon, wieviel uns eigentlich zustünde (siehe unseren Hauptartikel) und davon, dass diese Verteilung ungerechtigkeit, die Schulden- und Wirtschaftskrisen auf Kosten der Bevölkerung ihre Ursache im Kapitalismus mit seiner Profitmacherei hat, dem sich auch der Raiffeisen-Konzern mit seinen Medienimperium (u.a. eben auch der „Kurier“) verschrieben hat.

# Finanzkrise: Das Beispiel Island

## Bezahlt wird nicht:

### Geht doch, wenn das Volk es will und sich dafür einsetzt!

Rainer Rupp schrieb in einem Artikel: Referendum zu Bankschulden in Island „Islands Bevölkerung hat wie schon **am 6. März 2010** bei der Volksabstimmung am 9.4. 2011 mit großer Mehrheit die Schuldentilgungen für ihre Pleitebank Icesave aus der Staatskasse abgelehnt und das Land vor einer jahrzehntelangen Zinsknechtschaft bewahrt. Die 320.000 Einwohner des Inselstaats hätten die 3,9 Milliarden-Euro-Zeche der Bankster bis 2046 schrittweise begleichen müssen. Bereits die bis Januar 2009 amtierende Regierung war bei dem Versuch, den Isländern die Zockerschulden der Banken aufzubürden, gescheitert“ (Junge Welt, 11.4. 2011).

Aber die isländischen Banker, ihre Aktionäre und die Politik drängen auf einen EU-Beitritt. Für den Fall eines NEINs drohten sie der Bevölkerung mit schweren wirtschaftlichen Nachteilen, ähnlich wie bei Griechenland.

„Dennoch sind die Isländer standhaft geblieben. Ohne die Belastung durch die gigantischen Bankenschulden und ohne EU-Mitglied-

schaft zeigen sich schon jetzt positive wirtschaftliche Entwicklungen. Das Land hat sogar gute Chancen, schon in wenigen Jahren die Krise gänzlich zu überwinden – im Unterschied zu den EU-Mitgliedern Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien. Deren Regierungen führen ihre Länder auf dem von neoliberalen EU-Ideologen vorgezeichneten Weg in den Abgrund. In diesen fünf von den Finanzeliten abwertend PIGS (englisch für Schweine) genannten Ländern ist es den Herrschenden gelungen, unter Umgehung einer Volksbefragung, durch Verstaatlichung die Schulden der Bankster der Allgemeinheit aufzubürden.“ (Rainer Rupp, Junge Welt, 11.4.2011)

Die Gesamtverschuldung von Island lag 2008 schon bei 130%, das ist höher als bei Italien, das Haushaltsdefizit lag 2008 bei 13,5 %, das war höher als in Griechenland im selben Jahr. Mit einer riesigen Spekulationswelle war 2008 das Volumen des Banksektors auf das 10-fache der isländischen Wirtschaftsleistung gestiegen! Ende 2008 gingen 85% des isländischen Bankensystems bankrott.

## KEINE BANKEN- RETTUNG

„Im Unterschied zu anderen europäischen Krisenländern wie Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien ging Island die Bewältigung der Krise anders an. Als die Party wenige Tage nach der Lehman-Pleite abrupt zu Ende ging, versuchte die Regierung erst gar nicht, die Banken zu »retten«. Man tat vielmehr das einzig Richtige und ließ die Kaupthing Bank, Landsbanki und die Glitnir Bank pleite gehen. Das ist die erste Lektion, die man von Island lernen kann. Und dies unterscheidet das Land etwa von Irland, wo die Regierung mit ungeheuren Kosten für die gesamte Gesellschaft einen bankrotten Bankensektor unbedingt am Leben erhalten will und dabei den Vorgaben aus Brüssel folgt.“ (Andreas Wehr, Junge Welt, 12.10.2011)

Island gehört nicht der EU an, das war wohl ein Vorteil. England und die Niederlande hatten die Einlagen der Kunden mit höheren Beträgen abgesichert und verlangten nun für ihre Kunden der Pleite Bank Icesave

von Island insgesamt 3,9 Milliarden Euro. Das wären pro Isländer 11.000 Euro! Das wären, auf Österreich umgerechnet, ca. 125 Milliarden! Zinsen von 5,55%, Laufzeit 8 Jahre ab 2016 bis 2024. Das Parlament stimmte dem zu, 56 % Bürger, immerhin 23% aller Wahlberechtigten reichten beim Staatspräsident eine Petition ein, in der sie eine Volksabstimmung verlangten! Der Staatspräsident gab den Druck nach und verweigerte die Unterschrift unter das Gesetz der Schuldenrückzahlung. (aus: Andreas Wehr: Island nach dem Crash, Junge Welt, 12.10.2011)

Das Ereignis alarmierte sofort das internationale Finanzkapital: „Allein die Nachricht, dass Steuerzahler darüber abstimmen dürfen, unter welchen Bedingungen sie für die Schulden eintreten wollen, hat unter den Akteuren an den Finanzmärkten für Wirbel gesorgt. Die großen Ratingagenturen setzten nach dieser im

Januar getroffenen Entscheidung Islands Bonität umgehend herab oder kündigten diesen Schritt an“ (Andreas Wehr: Island nach dem Crash). Es kam zur ersten Volksabstimmung in Island und es waren 93,2 % gegen dieses Gesetz (Wahlbeteiligung 67%)! Daraufhin sah sich die isländische Regierung gezwungen, ein neues Abkommen zu verhandeln. Dieses, das 2. Abkommen war günstiger. Zahlungen ab 2016, Rückzahlung aber bis Ende 2046, Zinssatz 3%.

Doch der Staatspräsident unterschrieb wieder nicht und eine 2. Volksabstimmung 2011 (73% Wahlbeteiligung) ergab 59,77% gegen, 40,22% für das Abkommen. Man halte sich vor Augen, es ging weiterhin darum, ob die Bevölkerung die Milliarden an Euro-Verlusten aus den Spekulation der Banken bezahlt oder nicht. Nun ist die Sache vor dem Gerichts-

hof der Europäischen Freihandelszone (EFTA). Die isländische Regierung weigert sich keineswegs die Kunden im Ausland zu entschädigen, sie hat sie als vorrangig gegenüber den Banken und Versicherungen eingestuft. Zum Begleichen soll aber das Vermögen der pleitegegangenen Landesbanki verwendet werden, es beträgt ca. 594 Milliarden Kronen. Die Bank hat im Ausland große Immobilien und Beteiligungen. Es ist noch ungewiß, inwieweit Island an diese Werte herankommt. Im Übrigen hat Island einen Hauptverantwortlichen für die riesige Finanzspekulation und die Pleite der Banken, den früheren Ministerpräsident Haarde, vor ein Sondertribunal gestellt! (aus: Andreas Wehr: Island nach dem Crash).

**Bezahlt wird nicht: Geht doch, wenn wir es wollen und uns dafür einsetzen!**

# US-Ex-Präsident nennt Obama Mörder

**Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter wirft der Regierung Obama in der New York Times Mordanschläge und die kriminelle Verletzung internationalen Rechts und der amerikanischen Verfassung vor.**

Unter der Überschrift "Eine grausame und ungewöhnliche Bilanz" schreibt Carter: "Enthüllungen, dass höchste Vertreter des Staates Mordanschläge im Ausland, darunter auch gegen amerikanische Staatsbürger, befahlen, sind der jüngste verstörende Beleg, wie weit die Menschenrechtsverletzungen durch unser Land schon reichen." Carter bezieht sich auf die berühmten Bestimmungen des National Defense Authorization Act (NDAA), der am 31. Dezember letzten Jahres von Obama unterzeichnet wurde und schreibt: „Neue Gesetze legalisieren das Recht des Präsidenten, eine Person dauerhaft einzusperren allein aufgrund des Verdachtes der Zugehörigkeit zu einer Terrororganisation oder damit 'in Verbindung stehender Kräfte'. Das ist eine sehr weitgefaste, vage Vollmacht, die ohne wirkungsvolle Aufsicht durch

Gerichte oder den Kongress leicht missbraucht werden kann." Dann spricht er „die beispiellose Verletzung unserer Rechte“ durch Abhören ohne Gerichtsbeschluss und das systematische Sammeln elektronischer Daten an. Weiter spricht der Ex-Präsident dann über die amerikanischen Angriffe mit Drohnen und fügt hinzu: "Trotz der willkürlichen Regel, jeden, der bei einem Drohnen-Angriff getötet wird, zu einem feindlichen Terroristen zu ernennen, wird der Tod unschuldiger Frauen und Kinder als unvermeidlich billigend in Kauf genommen... Wir wissen nicht, wie viele hundert unschuldige Zivilisten bei diesen Angriffen getötet wurden, die alle von den höchsten Stellen in Washington genehmigt worden waren. So etwas wäre früher undenkbar gewesen." Carters Kolumne erschien am gleichen Tag, an dem der pakistanische UN-Botschafter vor der UN-Menschenrechtskommission aussagte. Er verurteilte die amerikanischen Drohnen-Angriffe in seinem Land, bei denen „Tausende unschuldige Menschen, darunter Frauen und Kinder, ermordet wurden“. Er sagte,



dass 2010 allein 957 Pakistaner getötet worden seien. Carter verurteilt die Regierung auch wegen der Aufrechterhaltung des Gefangenenlagers Guantánamo Bay auf Kuba, wo „die Hälfte der noch 169 Gefangenen eigentlich entlassen werden sollen, aber wenig Aussicht haben, jemals wieder die Freiheit zu erleben“, und andere



„keine Aussicht haben, jemals angeklagt oder vor Gericht gestellt zu werden“.

In den wenigen Fällen, in denen Gefangene vor Militärtribunale gezerrt wurden, seien die Angeklagten „mehr als einhundert Mal durch Waterboarding gefoltert worden, mit halbautomatischen Waffen, Elektroböhrern oder der Drohung eingeschüchtert worden, dass ihre Mütter sexuell missbraucht würden.“ Er fährt fort: „Erstaunlicherweise können diese Tatsachen vom Angeklagten nicht zu seiner Verteidigung vorgebracht werden, weil die Regierung sich darauf beruft, dass diese Taten im Namen der „nationalen Sicherheit“ geschahen.

Abgesehen von den moralischen Skrupeln, die den Ex-Präsidenten plagten – und es gibt keinen Grund daran zu zweifeln, dass sie in Carters Fall eine bedeutsame Rolle spielen –, macht er sich große Sorgen über den Schaden, den dieses offen kriminelle Vorgehen der amerikanischen Regierung der amerikanischen Außenpolitik zufügt. Nicht nur heizen diese Methoden weltweit die Feindschaft der Massen an, sie rauben Washington auch die Fähigkeit, seine Politik mit dem Mantel der Menschenrechte und der Verteidigung der Demokratie zu verbrämen. Diese Methode hat der US-Imperialismus seit seinem Auftritt auf der internationalen Bühne am Ende des 19. Jahrhunderts recht wirkungsvoll eingesetzt.

Carter selbst spielte während seiner Präsidentschaft bewusst die „Menschenrechtskarte“, sogar als seine Regierung das Folterregime des Schahs im Iran zu stützen versuchte, den von der CIA unterstützten islamistischen Aufstand in Afghanistan initiierte und die „Carter-Doktrin“ verkündete, mit der die USA das Recht für sich reklamierten, ihre Vorherrschaft über die Ölversorgung aus dem Persischen Golf mit militärischer Gewalt zu sichern.

Carter war früher ein hoher Marineoffizier und U-Bootexperte. Er wurde 1977 ins Weiße Haus gebracht, um die Glaubwürdigkeit und das Ansehen der amerikanischen Präsidentschaft nach dem Debakel des US-Imperialismus in Vietnam und den kriminellen Machenschaften im Umfeld des Watergate Skandals wiederherzustellen.

Aber vier Jahrzehnte später gehen die verfassungswidrigen Methoden und die kriminelle Energie im Weißen Haus viel weiter, als alles, was unter Richard Nixon getan wurde.

Ohne Zweifel hat Carter jedes seiner Worte in der Kolumne sorgfältig abgewogen und jede Übertreibung gemieden. Er spricht sogar den Namen Obamas nicht einmal aus. Aber im ersten Wort seiner Kolumne fügte er einen Link zu dem ausführlichen Artikel in der New York Times vom 1. Juni ein, der dokumentiert, wie Obama persönlich die Erstellung der „Todesliste“ leitet, die Opfer auswählt und Drohnenangriffe genehmigt, wenn davon auszugehen ist, dass auch unschuldige Zivilisten getötet werden.

In diesem Zusammenhang hat Carters Verwendung des Wortes „Mordanschläge“ als Bezeichnung für die Drohnenangriffe, eine unmissverständliche Bedeutung. Dieser ehemalige Präsident sagt, dass der Präsident der Vereinigten Staaten Kriegsverbrechen und Morde begeht.

Mit seinen 88 Jahren steht Carter über dem Tagesgeschehen und ist eher an seiner Position in der Geschichte interessiert als an politischem Vorteil. Sein Zeugnis ist umso bemerkenswerter, als er das gleiche Amt bekleidet hat, wie Obama, Mitglied der glei-

## Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

**Wir sind ein Forum** von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

### Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätspreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

111/12

Einsenden an:  
Österreichisches Solidaritätskomitee  
Stiftgasse 8, 1070 Wien  
oesolkom@gmx.at

### Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:  
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur  
Unterstützung der arbeitenden Menschen“  
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.,  
Verlagspostamt 1070 Wien,  
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

chen Partei ist und sich für Obamas Wahl eingesetzt hat.

Was mag ihn getrieben haben, nur vier Monate vor der Präsidentschaftswahl, einen solchen Angriff gegen den Kandidaten seiner Partei und amtierenden Präsidenten zu fahren? Er muss glauben, dass die politischen Verhältnisse in Amerika so tief in Kriminalität versunken sind und die Gefahr eines Polizeistaats so groß ist, dass er sich verpflichtet sieht, seine Stimme zu erheben.

Carter macht bezeichnenderweise den Punkt, dass diese kriminellen Handlungen die Unterstützung „beider Parteien in der Exekutive und der Legislative“ genießen und praktisch „nirgendwo Widerspruch

erregt haben“. Und wie um seinen Punkt zu unterstreichen, ist seine Kolumne, die eine explosive politische Bedeutung besitzt, in den Massenmedien weitestgehend mit Schweigen übergangen worden.

Zwölf Jahre nach der gestohlenen Präsidentschaftswahl von 2000 ist die zentrale Lehre jenes Ereignisses noch einmal dick unterstrichen worden: Es gibt in der Wirtschaftselite und dem politischen Establishment keine nennenswerte Unterstützung mehr für die Verteidigung demokratischer Rechte und verfassungsgemäßer Verfahren.

Die beispiellose Kluft zwischen der herrschenden Finanzoligarchie und der Masse der arbeitenden Bevöl-

kerung, die in dieser Zeit unauffalt-sam gewachsen ist, ist mit solchen Rechten und Verfahren unvereinbar.

Carters Worte sind eine Warnung. Die Gefahr eines Polizeistaats in Amerika und mörderischer Methoden des US-Imperialismus gegen die Arbeiterklasse im eigenen Land und weltweit sind real und nehmen zu.

(New York Times, 25.6.2012, Seite A19 [www.nytimes.com/2012/06/25/opinion/americas-shameful-human-rights-record.html?\\_r=1](http://www.nytimes.com/2012/06/25/opinion/americas-shameful-human-rights-record.html?_r=1) Kommentiert von Bill Van Auken, Reporter der World Socialist Web Site, 28.6.2012)

**50.000 Menschen** demonstrierten im Juli 2001 anlässlich der Umfärbung des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger, der Absetzung des damaligen Präsidenten Hans Sallmutter und den Ankündigungen der Regierung das Gesundheitssystem zu "reformieren" in Wien. Zuvor hat die "Plattform - Keine Zerschlagung der Sozialversicherung" in nur zwei Monaten 55.000 Unterschriften gegen die Regierungspläne gesammelt. [prosv.akis.at/TCgi/Images/prosv/20041117173248\\_Flugblatt%20%281%29\\_1.pdf](http://prosv.akis.at/TCgi/Images/prosv/20041117173248_Flugblatt%20%281%29_1.pdf)

Seitdem arbeitet die Plattform gegen die Angriffe auf das Gesundheitssystem und den Sozialstaat weiter und mit anderen NGOs in diesem Bereich wie mit „Attac-Gesundheit“ oder „Solidarisch G'sund“ zusammen. Mehr Infos auf: [prosv.akis.at](http://prosv.akis.at)



**Liebe Leser und Leserinnen!**

## ÄNDERUNG IN DER ZUSTELLUNG!

Wir danken allen AbonentInnen und LeserInnen für Ihre Unterstützung, Einzahlungen, Zusendungen und Anregungen, auf die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit weiterhin und mehr denn je angewiesen sind. Danke!

Wie finanzieren uns ausschließlich aus Spenden und Abozahlungen unserer AktivistInnen und LeserInnen. Wir machen die Zeitschrift und unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich, trotzdem entstehen Kosten für die Herstellung und v.a. den Versand der Zeitung oder die Betreuung des Webs.

Wir haben unsere Zeitung bisher immer auch an einen sehr großen Kreis Interessierter geschickt.

**Diese Ausgabe ist die letzte, die an diesen großen Kreis geht. Aus Kostengründen erhalten die Zeitschrift in Zukunft nur mehr diejenigen, die dafür einen Abo- oder Spendenbeitrag geleistet haben.**

**Bitte geben Sie uns durch eine Spende, Abo-Zahlung oder per Post oder E-Mail (siehe Seite 1) ein klares Zeichen, dass Sie die Zeitung weiter beziehen wollen. Danke. Bestehende AbonentInnen und SpenderInnen erhalten die Zeitung natürlich weiterhin.**

Bei allen unseren AbonentInnen und SpenderInnen bedanken wir uns herzlichst für die Unterstützung

**Mit solidarischen Grüßen,** Österr. Solidaritätskomitee  
[oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) <http://proSV.akis.at>

## Abo- und Spenden-Einzahlungen

**Diese Ausgabe enthält keinen Zahlschein.**

Deshalb ersuchen wir Abo und Spenden per Überweisung auf unser Konto wie folgt zu tätigen:

**EmpfängerIn:** W. Leisch,

**Verwendungszweck:** ÖSK, Abo / Spende,

**Konto-Nr.:** 00079-348-267

**BLZ:** 60000 oder:

**BIC:** OPSKATWW,

**IBAN:** AT986000000079348267

Danke!